

4412

II. Änderungssatzung vom 29.07.2003

zur Satzung über Gebühren für die Benutzung der Musikschule der Stadt Bad Driburg vom 26.06.2001 in der Fassung der I. Änderungssatzung vom 26.02.2002

Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.04.2002 (GV. NRW S. 160) und der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV. NRW S. 712), zuletzt geändert am 25.09.2001 (GV. NRW S. 708), hat der Rat der Stadt Bad Driburg in der Sitzung am 28.07.2003 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 1 Abs. 6 erhält folgende neue Fassung:

(6) Zur Zahlung der Unterrichtsgebühr sind die Teilnehmer, bei Minderjährigen **sowie bei Volljährigen - solange noch Kindergeld oder Kinderfreibeträge gewährt werden** - die Erziehungsberechtigten **bzw. Unterhaltspflichtigen** verpflichtet.

Artikel 2

§ 3 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

(1) Nehmen aus einer Familie bzw. von Erziehungsberechtigten mehrere Kinder, die alle noch in Ausbildung stehen **und für die Kindergeld oder Kinderfreibeträge gewährt werden**, am Musikschulunterricht teil, so werden nachfolgende Ermäßigungen auf Unterrichtsgebühren gewährt:
pp.

Artikel 3

Diese II. Änderungssatzung tritt zum 01.07.2003 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird gemäß § 7 Abs. 4 GO NRW in Verbindung mit den Bestimmungen der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV. NRW S. 516) öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 GO NRW wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bad Driburg, den 29.07.2003



Karl-Heinz Menne
Bürgermeister